



meine Zukunft ... ?
so ... niemals !

**Ohne eine gründliche Rentenreform
wird es kein würdevolles Leben im Alter geben!**

Lebensstandard im Alter erhalten!

Dafür brauchen wir eine Garantie, dass die Renten **mindestens 75 Prozent** des im Arbeitsleben erzielten durchschnittlichen Nettoeinkommens betragen. Das ist möglich, wenn die jährlichen Rentenanwartschaften mit 1,5 Prozent des Bruttoeinkommens festgelegt werden.

Altersarmut verhindern!

Eine Verhinderung von Altersarmut durch **Mindestrenten**, die stets über der Armutsgefährdungsschwelle liegen – aktuell: 1.320 Euro netto.

Gleiches Versorgungsrecht für alle!

Eine **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle grundsätzlich gleichbehandelt werden und in der auch z.B. Beamte, Selbstständige und Politiker organisiert sind. Finanziert im Umlageverfahren mit steuerlichen Zuschüssen.

Gründe – Fakten – Argumente
3. Auflage – 2024 - aktualisiert und erweitert

Die nächste Rentenreform muss einen gründlichen Richtungswechsel bringen.



Generationenschirm: solidarisch „für Jung, für Alt, für Alle“!

Ob der Schirm kaputt ist, merkt man immer erst, wenn's regnet. Wer prüft das schon an einem sonnigen Tag? So könnte man unser Verhältnis zur Rente beschreiben. Wir vertrauen auf einen **Schutzschirm in der Zukunft**. Ob's in 45 Jahren regnet... Ja, na und?

Doch längst bahnt sich eine Schlechtwetterfront an. Oder eher ein **Hurrikan**. Und wer doch einmal besorgt den „Schutzschirm“ prüft, muss feststellen: Das Ding ist ja völlig kaputt! Gestänge gebrochen. Futter in Fetzen. Mehr Löcher als Stoff.

Dieser unscheinbare Schirm ist in Wahrheit eine fundamentale Gesellschaftsfrage. Wie werden die Alten versorgt? **Wie werde ich einmal versorgt?** Das lässt sich nur über lange Zeiträume, die Menschenleben übergreifen, verstehen. Darum gibt es Gesellschaftsverträge, die verlässlich und transparent grundlegende Rechte garantieren. Das Recht, im Alter nicht im Regen zu stehen. Dieser Schirm darf keine **Risse** haben.

Der sogenannte **Generationenvertrag*** ist so ein **stabiler Stoff**. Ziel des 1957 begonnenen Vertragswerks ist es, für lebensstandardsichernde Renten zu sorgen. Also: löcherfrei und sturmfest. Erreicht werden soll das durch ein Umlageverfahren. Wer arbeitet, liefert Beiträge zur Altersversorgung. Und die werden unmittelbar an die Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt. Bei Lücken und in Sonderfällen wird der Sozialstaat zur **Schneiderei**: Er soll Risse ausbessern. Ergänzende Leistungen beisteuern heißt das dann.

Dieser Anspruch, lebensstandardsichernde Schutzschirme zu liefern, wurde 2001 jedoch ausdrücklich aufgegeben. Der Generationenvertrag wurde streifenweise zerrissen. Wer künftig **Altersarmut** verhindern oder seinen sozialen Standard erhalten wollte, der sollte privat vorsorgen – sollte „**riestern**“. Die Folgen waren und sind fatal. Und sie werden sich katastrophal verstärken.

Zwischenbilanz am Rentenhimmel

- **Altersarmut** und Armut in Erwerbsminderung haben sich verdoppelt
- **Rentenniveau** sank um über 10 Prozent
- **Riester-Rente gescheitert** – über 16 Millionen Menschen haben Verträge, in denen ihre Spargelder verbrannt werden.

Doch man glaubt es kaum: **Diese Zerstörung des Generationenvertrages will die die aktuelle Politik fortsetzen**. Das Regierungsprogramm und die Empfehlungen der „Rentenkommission“ setzen auf noch mehr Privatvorsorge. Und auf eine weitere Schwächung der gesetzlichen Rentenversicherung. Davon profitieren nur sie: die Versicherungs- und Finanzkonzerne.

Mittlerweile ist der Rentenstoff so ruiniert, dass Flicker nicht mehr reicht. Nur mit einem **grundlegenden Richtungswechsel** der Rentenpolitik kann das Zerstörungswerk der letzten Jahrzehnte repariert werden. Nur mit einem grundlegenden Wandel kann eine menschenwürdige Altersversorgung, die von der Generationensolidarität getragen wird, noch erreicht werden.

Wir fordern darum von Bundesregierung, Bundestag und Parteien: Sichern Sie die sozialstaatlichen Grundelemente einer stabilen RentenZukunft!

1. **Garantiertes Versorgungsniveau** durch die gesetzliche Rente von mindestens 75 Prozent des im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommens.
2. **Mindest-Altersversorgung** über der Armutsgefährdungsschwelle.
3. **Eine Rentenversicherung für alle:** Ausnahmslos alle Erwerbstätigen zahlen ein und beziehen daraus Rente (Erwerbstätigenversicherung).

Nicht zuletzt sorgt der Sozialstaat dafür: Menschen, die gesellschaftlich wichtige Arbeiten verrichten, aber keine oder nur teilweise Beiträge aus Erwerbsarbeit leisten können, müssen grundsätzlich die gleichen Leistungen wie Beitragszahlende erhalten.

Das ist der Stoff, aus dem die Rente bestehen muss. Bitte unterstütze unsere Forderungen! Spanne mit uns einen Schutzschirm auf: Werde Schirmherr*in für eine solidarische Rente!

(*) Der „Generationenvertrag“ ist kein Gesetz oder dezidiertes Vertrag, sondern eine gesellschaftliche Konvention, die sich in vielen Paragraphen des Sozialgesetzbuchs manifestiert(e).

(Initiative RentenZukunft im März 2021)

Diese Broschüre will Argumente und Fakten für einen ergebnisorientierten Reformprozess zur Verfügung stellen. Damit soll auch den Behauptungen der Neoliberalen entgegengetreten werden.

Inhalt:

Warum „Renten wie in Österreich! JETZT!“	Seite 4
Das Rentenniveau ist die zentrale Zielgröße.	Seite 6
Mit Mindestrenten kann Altersarmut verhindert werden.	Seite 10
Finanzierung einer Rentenreform – zu teuer? I wo!	Seite 12
Babyboomer lassen die Kosten explodieren? Das ist völliger Unfug!	Seite 14
Zentrale Bedeutung von Produktivitätssteigerungen wird ausgeklammert.	Seite 16
Rentenreformen und Babyboomer-Renten sind finanzierbar.	Seite 17
Erwerbstätigenversicherung:	
alle nach gleichen Regeln und mit gleichen Ansprüchen.	Seite 19
Plakat 75% Rentenniveau	Seite 20

Über RentenZukunft: Wir sind eine Bewegungsinitiative. Uns bewegt, dass in Sachen Altersversorgung und Rechte der älteren Generation Grundlegendes falsch läuft. Wir wissen, es gibt starke positive und realistische Alternativen zur Rentenpolitik der letzten 30 Jahre. Wir wollen Menschen bewegen, mit uns für die Durchsetzung dieser Alternativen einzutreten.

Wir sind Frauen und Männer, die überwiegend in gewerkschaftlichen Zusammenhängen arbeiten, aber auch in Sozialverbänden oder Parteien mitwirken. Wir sehen uns nicht als Alternative oder gar Konkurrenz zu den Gewerkschaften, Sozialverbänden oder Parteien an. Im Gegenteil, wir streben, wo immer möglich, Zusammenarbeit an. Wichtig ist das Engagement junger Mitstreiter*innen, denn die heute jüngeren Menschen werden die Hauptopfer der gegenwärtigen Rentenpolitik sein. Sie sind im Umkehrschluss auch die Hauptgewinner, wenn ein gründlicher Richtungswechsel in der Altersversorgung gelingt.

Kontakt: RentenZukunft e.V., Postfach 3625, 24035 Kiel
kontakt@renten-zukunft.de ; Webseiten: renten-zukunft.de und www.seniorenaufstand.de



Warum „Renten wie in Österreich! JETZT!“

In Deutschland lebt jeder fünfte Rentnerhaushalt unter der Armutsschwelle. In 20 bis 30 Jahren wird es jeder dritte oder sogar zweite sein! Das Rentenniveau ist in den letzten 20 Jahren um 10 Prozent gesunken, es wird in den nächsten 20 bis 30 Jahren um weitere 15 Prozent sinken.




Das verlangt dringend nach Einhalt und Umkehr. Gefordert sind vor allem die jüngeren Generationen. Denn es ist vor allem ihre Aussicht auf einen erbärmlichen dritten Lebensabschnitt.

Wie es besser und nachhaltig gemacht werden kann, das wird uns in Österreich vorgemacht.

In Österreich gingen 2019 Männer mit im Durchschnitt 70 Prozent höheren Renten als in Deutschland in den Ruhestand. Bei den Frauen waren es 60 Prozent.

In Österreich ist die Mindestsicherung um 360 bis 500 Euro höher als in Deutschland. Sie liegt in jedem Fall über der Armutsgefährdungsschwelle, in Deutschland liegt die Mindestsicherung in jedem Fall unter der Armutsschwelle.

In Österreich sind alle Erwerbstätigen in einem Versicherungssystem organisiert, in Deutschland gibt es vier verschiedene Systeme mit sehr unterschiedlichen Leistungen.

 Renten wie in Österreich! Jetzt! Altersversorgung	 armes Deutschland	 reiches Österreich
Durchschnittsrente (2019) Männer Frauen	1.203 Euro 873 Euro	2.063 Euro 1.416 Euro
Mindestsicherung/ Mindestrente (2021)	800 bis 1.050 Euro Sozialhilfe/Grundrente	1.167 bis 1.563 Euro je nach Einzahlungsdauer
Renteneintrittsalter	67 Jahre	65 Jahre
Finanzierung - Beitrag Arbeitgeberanteil Arbeitnehmeranteil	18,6% 9,3% 9,3%	22,8% 12,55% 10,25%
Gleichbehandlung/ Ungleichbehandlung	- Gesetzl. Rentenversicherte - Beamte - Selbstständige/Freiberufler - Politiker	Ein System für alle (Pensionsharmonisierung)
Wirtschaftsleistung (Kaufkraftbereinigt) Durchschnittslohn (netto – 2019) BIP/ Einwohner (2020)	25.194 Euro 49.803 Euro	26.300 Euro 52.750 Euro

In Österreich ist das Niveau der Renten garantiert, die Finanzierung geschieht im Umlageverfahren, die Beiträge seit 35 Jahren unverändert, für die garantierten Renten sorgen Aufstockungsbeträge aus dem Staatshaushalt. In Deutschland ist nichts garantiert. Im Gegenteil sorgen gesetzliche Kostendämpfungsfaktoren dafür, dass das Rentenniveau garantiert weiter sinkt.

Warum Österreich als „Vorbild“ und nicht Frankreich, die Niederlande, Dänemark, die Schweiz ...? Antwort: Weil die umlagefinanzierten Systeme in Deutschland und Österreich sehr ähnlich sind und die wirtschaftlichen Rahmendaten sich auf nahezu gleichem Niveau befinden.

Also: „Renten wie in Österreich!“ Alles spricht dafür. Dabei müssen Schwächen, die das System auch hat, nicht einfach übernommen werden.

Hier zur Verdeutlichung der erbärmlichen Situation der deutschen Rente im internationalen Vergleich. Die OECD berechnet regelmäßig die zu erwartenden Renten in ihren Mitgliedsstaaten:

Pensions at a glance - OECD - 2023 -ausgewählte Daten					
Ranking	Land	Nettoersatzquote vom Durchschnittslohn (1 x)	Nettoquote 0,5 x	Nettoquote 2 x	Lebenserwartung bei Geburt
1	Portugal	98,8	97,0	96,1	82,1
2	Niederlande	93,2	94,6	87,5	82,4
3	Griechenland	90,0	102,6	82,7	80,7
4	Österreich	87,4	85,5	65,9	82,4
5	Luxemburg	86,9	95,7	78,7	82,6
6	Spanien	86,5	86,4	57,8	83,9
7	Italien	82,6	77,8	87,5	84,0
8	Ungarn	82,5	65,0	77,0	74,9
9	Dänemark	77,3	117,5	62,5	81,9
10	Slowakei	72,5	81,0	67,2	75,4
11	Frankreich	71,9	67,7	61,8	83,2
12	Schweden	65,3	66,5	82,9	83,5
.....					
17	Deutschland	55,3	59,2	43,2	81,0
19	Polen	40,3	37,9	39,1	77,0
Ø der 22 OECD-EU-Staaten		68,1	76,2	60,9	80,7
	Schweiz	45,3	56,5	24,1	84,2

Nettoersatzquoten vom durchschnittlichen Einkommen (1x), der Hälfte (0,5x) und dem Doppelten (2x). Berechnet sind die Quoten für die Zukunft, Horizont von Land zu Land verschieden, z.B. BRD und Ö.: 20jährige in 45 Jahren.

Deutschland rangiert ganz hinten an siebzehnter Stelle. Auch die Altenversorgung der gerne zu Vorbildern erklärten Systeme in Schweden und in der Schweiz rangieren ganz weit unten.

Die Erklärung, warum es Rentnerinnen und Rentnern in den meisten anderen Staaten relativ gesehen so viel besser geht, ist simpel. In den Staaten sind die Älteren der Gesellschaft mehr wert. Es werden dort deutlich höhere Anteile des Bruttosozialprodukts für die Altenversorgung ausgegeben.

<p>Deutschland – Anteil der Altersversorgung am BIP: 10,3%, 2040 erwartet: 12,0%. Nettorentenniveau 52,9%. Der Beitragssatz: 18,6% (Anteile Arbeitgeber/Arbeitnehmer*innen: 50%/50%)</p> <p>Österreich – Anteil der Altersversorgung am BIP: 13,3%, 2040 erwartet: 15,1%. Nettorentenniveau 87,4%. Der Beitragssatz: 22,8% (Anteil AG/AN: 55%/45%). Das Sicherungsziel wird durch Zuschüsse aus dem Staatshaushalt garantiert.</p> <p>Frankreich – Anteil der Altersversorgung am BIP: 14,8%, 2040 erwartet 15,2%. Nettorentenniveau 74,4%. Der Beitragssatz: 27% (Anteil AG/AN: 60%/40%)</p> <p>Italien – Anteil der Altersversorgung am BIP: 15,4%, 2040 erwartet 17,3%. Nettorentenniveau 81,7%. Der Beitragssatz: 33% (AG/AN: 67%/33%).</p> <p>(Quelle: EU-- The Ageing-Report 2021)</p>
--

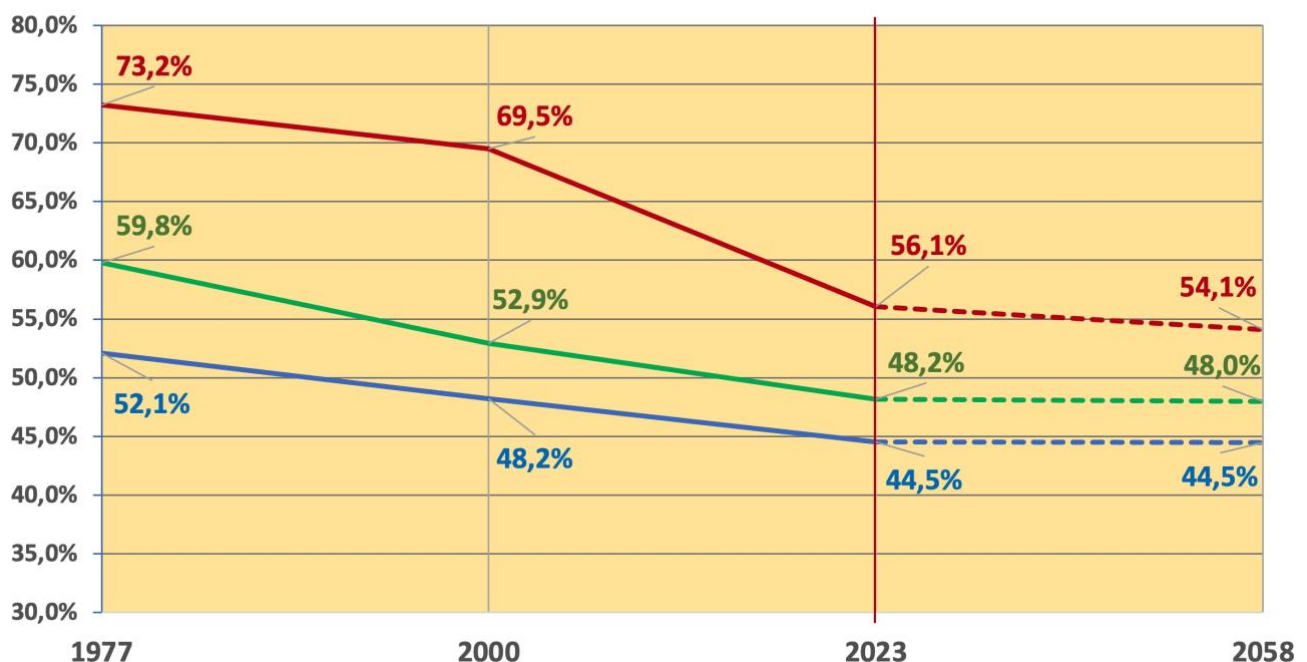
Das Rentenniveau ist die zentrale Zielgröße.

Das Rentenniveau sagt grob gesagt aus, wie stark (oder schwach) die Renten an die Lohnentwicklung der aktiv Beschäftigten gekoppelt ist. Es ist damit ein Gradmesser, inwieweit durch die Renten der im Arbeitsleben erzielte Lebensstandard im Alter erhalten bleibt.

Mit „Rentenniveau“ ist immer das Verhältnis der sogenannten Standardrente zum Durchschnittslohn gemeint. Eine Standardrente bezieht, wer 45 Jahre lang den Durchschnittslohn bekommen hat und darauf Rentenversicherungsbeiträge geleistet hat. International üblich ist die Berechnung des Brutto- und des Nettorentenniveaus. Besonderheit in Deutschland: Seit 2005 wird das Nettorentenniveau mit dem Zusatz „vor Steuern“ ausgewiesen.

Die folgende Grafik zeigt, wie stark die Renten in Deutschland von der Lohnentwicklung abgekoppelt wurden. Diese Abkopplung soll, wenn das Rentenstabilisierungsgesetz 2024 beschlossen wird, bis 2039 ausgesetzt werden. Angenommen, das Niveau vor Steuern von 48% wird bis 2058 beibehalten, ergibt sich die Zementierung der Rentenkürzungen der letzten 30 Jahre. Plus weiterer Steuerabzüge.

Rentenniveaus in Deutschland: im systematischen Absturz



Quellen: DRV- Rentenversicherung in Zeitreihen; Nettoersatzquote ab 2001: eigene Berechnungen

Legende: **Nettorentenniveau** nach Sozialabgaben und Steuern (**Nettoersatzquote**);
Nettorentenniveau nach Sozialabgaben und **vor Steuern**
Bruttorentenniveau

Was das in konkreten Zahlen ausgedrückt für das **Jahr 2023** heißt:

Durchschnittslohn brutto: 3.721 €; Standardrente brutto: 1.656 €:

→ **Brutto-Rentenniveau**: $1.656 \text{ €} / 3.721 \text{ €} = 44,5 \%$

Durchschnittslohn netto vor Steuern: 3.122 €; Standardrente netto vor Steuern: 1.503 €:

→ **Netto-Rentenniveau vor Steuern**: $1.503 \text{ €} / 3.122 \text{ €} = 48,1 \%$

Durchschnittslohn netto: 2.601 €; Standardrente netto: 1.458 €:

→ **Netto-Rentenniveau**: $1.458 \text{ €} / 2.601 \text{ €} = 56,1 \%$

Zur Einordnung der Zahlen und der sozialen Verhältnisse in Deutschland, sollte man wissen: Die Standard-Bruttorente von 1.656 € wurde von 73% der Rentnerinnen und Rentner **nicht erreicht**.

Im Jahr 2023 betrug der zu versteuernde Anteil der Rente 83 %. Im Jahr 2058 wird er 100% betragen, dann wäre nach heutigen Zahlen der Steuerabzug um 50 € höher und das Netto-Rentenniveau um weitere 2 Prozentpunkte auf 54,1% abgesunken.

Das üblicherweise verwendete „Rentenniveau vor Steuern“, sagt also nicht die ganze Wahrheit über das Netto-Rentenniveau. Wenn die Regierung jetzt verspricht das Rentenniveau auf 48 % zu stabilisieren, verschweigt sie, dass das Niveau der tatsächlich verfügbaren Nettorente weiter sinkt.

In trockenen Tüchern ist dieses halbseidene Versprechen immer noch nicht (Juni 2024). So lange haben die aktuellen Gesetze Gültigkeit. Die sehen neben den wachsenden Steuerabzügen eine weitere Dämpfung des aktuellen Rentenwertes und damit eine Abkopplung von der Lohnentwicklung vor. (Eine Erläuterung der Formel kann im Rahmen dieser Broschüre nicht erfolgen)

Formel für den aktuellen Rentenwert:

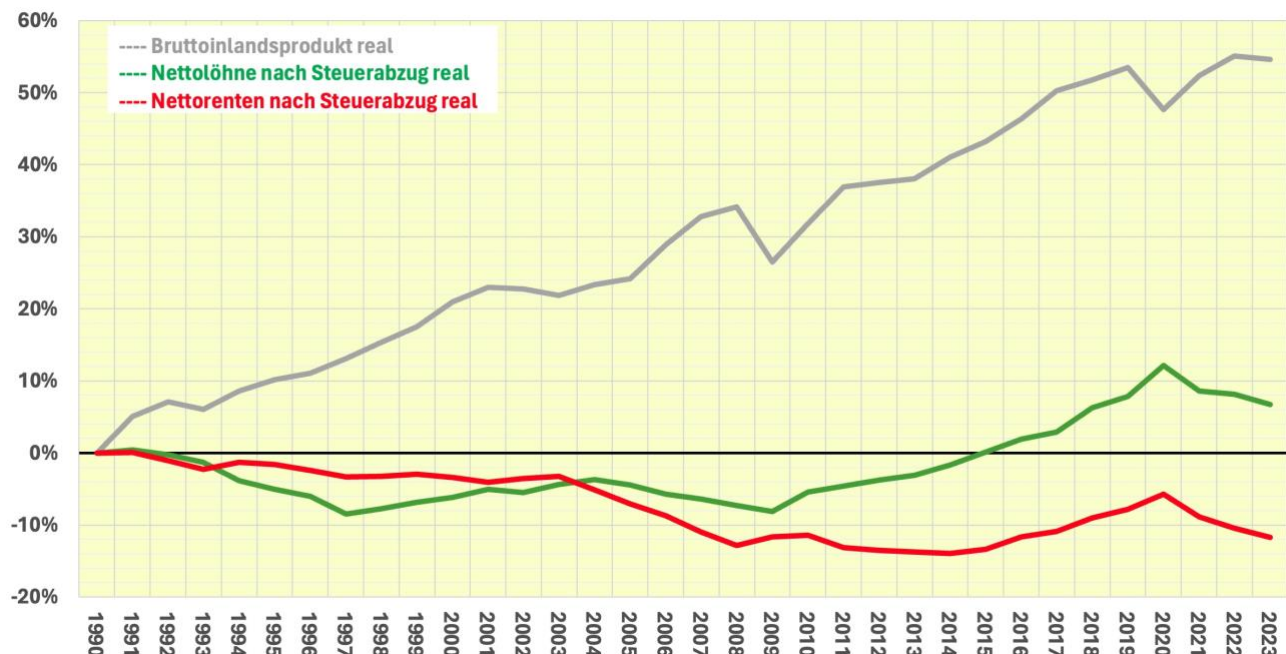
Die Formel gilt seit 2004.
Ziel ist die nachhaltige Senkung des Rentenniveaus.
Die entstehende Versorgungslücke soll mit privater Vorsorge geschlossen werden.

$$aRW_t = aRW_{t-1} \cdot \overbrace{\frac{BE_{t-1}}{BE_{t-2} \cdot \frac{BBE_{t-2}}{BBE_{t-3}}}}}^{\text{Lohnkomponente}} \cdot \overbrace{\frac{100 - AVA_{t-1} - RVB_{t-1}}{100 - AVA_{t-2} - RVB_{t-2}}}^{\text{Riesterfaktor}} \cdot \overbrace{\left(\left(1 - \frac{RQ_{t-1}}{RQ_{t-2}} \right) \cdot \alpha + 1 \right)}^{\text{Nachhaltigkeitsfaktor}}$$

Diese Formel und die zunehmende Besteuerung führten zum Absturz des Versorgungsniveaus in Deutschland. Man kann diese Entwicklung als eine durch Gesetze verordnete **Rentenschwindsucht** bezeichnen. Diese Rentenschwindsucht ist eine deutsche Krankheit.

Mit ihr wurde nicht nur das Rentenniveau gesenkt, die tatsächlich verfügbaren Renten wurden darüber auch nachhaltig gesenkt. Das zeigen die Zahlen der DRV sehr deutlich. Die Renten haben in den vergangenen 33 Jahren nie wieder die Kaufkraft von vor 1990 erreicht. Gegenüber 1990 ist die Kaufkraft der Renten im Jahr 2023 um 12 % gesunken. Die reale Lohnentwicklung war von 1990 bis 2015 ebenfalls negativ, hat dann aber den bescheidenen Zuwachs von 7% erfahren. Der Abstand zwischen Renten und Löhnen hat sich auf 19% erhöht. Er wird wegen der Besteuerung zunehmen.

Lohn- und Rentenentwicklung indexiert von 1990 bis 2023 (mit BIP)



Quellen: BIP, Preise, Löhne; Renten: „Rentenversicherung in Zeitreihen 2023“; teilw. aktualisiert von destatis

Der Reichtum eines Landes wird grob gesagt durch das Bruttoinlandsprodukt ausgedrückt. Entgegen der Lohn- und deutlicher noch der Rentenentwicklung, ist das reale BIP seit 1990 um 55% gewachsen.

Deutschland, als wirtschaftlich stärkstes Land in Europa, baut seine Exportweltmeisterschaft offensichtlich auf eine Politik der niedrigen Löhne und von Rentensenkungen.

Die beabsichtigte Strategie, mit Privatvorsorge und Betriebsrenten die provozierten Versorgungslücken zu schließen, ist krachend gescheitert. Das Riester-Rentendesaster wurde 2024 durch die erste Auszahlungsstatistik des Bundesfinanzministeriums offenbart:

Nach 20 Jahren „Riestern“ gibt es mittlerweile (2022) eine Million Menschen, die eine Riester-Rente erhalten. Über 400.000 von ihnen bekommen weniger als 60 Euro im Monat – und davon kommen noch Steuerabzüge runter. Zusätzlich bekamen 85.000 Rentnerinnen und Rentner Einmalbeträge ausbezahlt, weil ihre Riester-Rente unter 30 Euro monatlich betragen hätte.

Die ernüchternde Bilanz nach 22 Jahren Riester-Rente:

- Gerade einmal 25 % der förderberechtigten Menschen haben geriestert. Nur 12 % in der vom Gesetzgeber angestrebten Höhe.
- Seit 9 Jahren ist die Zahl der Riesterverträge rückläufig.
- Bis heute sind über 65 Milliarden Euro Steuergelder in das Projekt gepumpt worden.
- Das Rentenniveau wurde allein durch den Riester-Dämpfungsfaktor um 4% gesenkt.

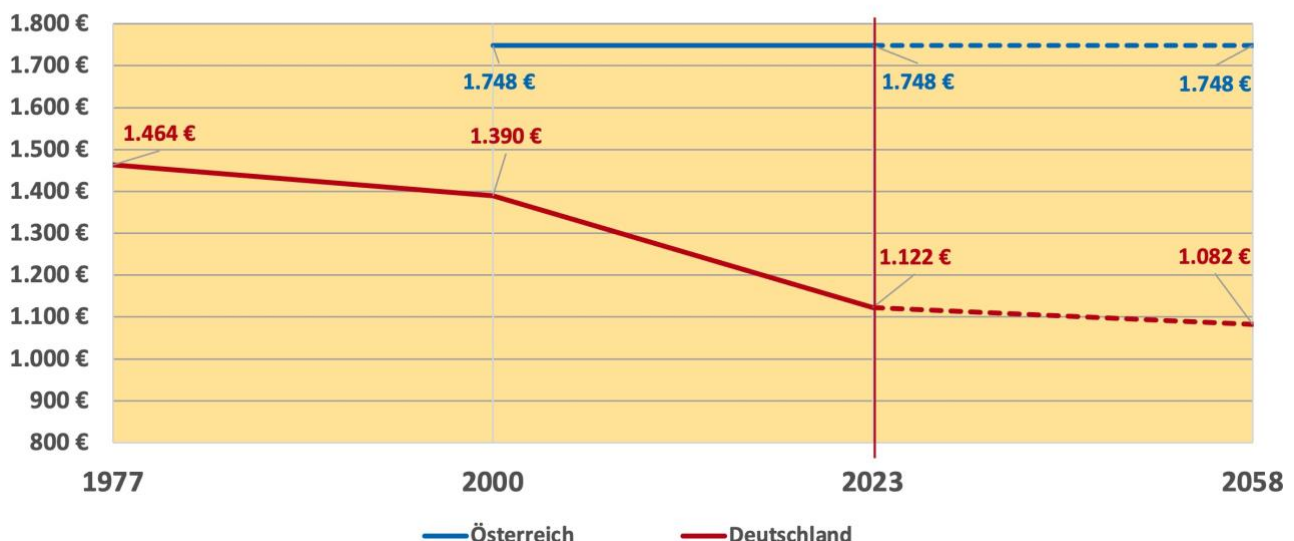
Die großen Gewinner des Paradigmenwechsels bei der Altersversorgung von 2001 sind die Versicherungskonzerne und die große Schar von Versicherungsvertretern.

Die Riester-Rente ist tot und die neuen Betriebsrenten sind durch die Standardverbeitragung aus Entgeltumwandlung zu einem weiteren Zweig von Privatvorsorge geworden. Betriebsrenten sind darüber hinaus äußerst unterschiedlich in der Höhe und in der Durchführungsform. Sie erreichen auch nur einen Bruchteil der Lohnabhängigen.

Mit dem Vorhaben, die Aktienrente als Bestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung verbindlich vorzuschreiben, soll die nächste Sau durchs Dorf getrieben werden. Wieder zum Nutzen großer Finanzkonzerne. Die Versicherten können, ähnlich wie bei Riester, erst in einigen Jahrzehnten erkennen, was die Abenteuerreise ins Land der Spekulanten für sie gebracht hat.

Was bleibt ist die Rentenschwindsucht und damit ist Deutschland in Europa Vorreiter in Sachen Rentensenkungen. Dass es auch ganz anders geht, zeigt beispielsweise Österreich. In Österreich ist die Höhe des Versorgungsniveau gesetzlich garantiert. In Deutschland ist gesetzlich garantiert, dass das Rentenniveau sinkt. Deutlich macht das die Berechnung der OECD in konkreten Zahlen.

Bei einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 2.000 € im Arbeitsleben ergeben sich folgende Nettorenteneinkommen in Österreich und Deutschland



Mit der festen Anwartschaftssteigerung von 1,78 % des jährlichen Bruttoeinkommens wird die Rente in Österreich fest an die Lohnentwicklung gebunden. In Deutschland ist die feste Kopplung der Rentenanswartschaften an die Löhne seit 1990 beseitigt worden. Mit der Einführung des Systems von Entgeltpunkten, denen ein kompliziert berechneter „aktueller Rentenwert“ zugeordnet wird, wurde die Abkopplung vorgenommen.

Aus all dem wird deutlich: Das Ziel einer den Lebensstandard sichernden Altersversorgung ist nur über eine sehr grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung erreichbar. Das sozialstaatliche Ziel, für garantierte auskömmliche Renten zu sorgen, muss wieder als zentraler Anker gesetzt werden. Dazu muss das System der Entgeltpunkte mit dem zugeordneten, manipulativ berechneten aktuellen Rentenwert wieder beseitigt werden. Stattdessen sind feste und garantierte Anwartschaften (wieder) einzuführen. Dazu kann man nicht nur auf das österreichische Beispiel zurückgreifen. Auch in Deutschland folgen die Beamten- und die Politikerpensionen diesem Prinzip.

Die Tabelle zeigt beispielhaft, zu welchen Ergebnissen die jeweiligen Versorgungswerke führen:

	Steigerung der Anwartschaft pro Jahr	Maximal Brutto	Erreicht nach Jahren	Führt zu maximal netto (ca.)	Bemerkung
Österreich	1,78%	80,1%	45	87%	Bezogen auf Eckrente (45 J. Durchschnittslohn)
Beamte	1,79%	71,75%	40	78%	Bezogen auf letztes Gehalt
Bundestag	2,5%	65%	26	72%	Bezogen auf aktuelle Grunddiät
Landtag S-H*	1,5%	60%	40	67%	Bezogen auf aktuelle Grunddiät
RentnerInnen (aktuell)	1.0%	45%	45	59%	Bezogen auf Eckrente (45 J. Durchschnittslohn)
RentnerInnen (nach der Reform)	1,5%	67,5%	45	80%	Bezogen auf Eckrente (45 J. Durchschnittslohn)

Außer den RentnerInnen haben alle anderen in der Tabelle aufgeführten feste Anwartschaften – damit ist das Sicherungsniveau fest an die jeweiligen Einkommen gebunden. Der niedrige Anwartschaftswert von 1% ist zufällig. Er war vorher höher und wird in der Zukunft noch weiter sinken.

Aus der Tabelle wird auch deutlich, dass ein Einfrieren des jetzigen Rentenniveaus nur bedeutet, die im Vergleich zu anderen Personengruppen bzw. Ländern sehr niedrigen Renten zu zementieren.

Der Vorschlag, eine wieder garantierte Anwartschaft von 1,5% einzuführen, ist keine abwegige Erfindung von RentenZukunft. Wir stehen damit in der Tradition guter Rentenpolitik in Deutschland.

Rentenanwartschaften: Vergleich der Gesetze und der Forderungen 1957 und heute		
1957:	Gesetz:	1,5% der Bruttoeinkommen (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)
	SPD:	1,8 % der Bruttoeinkommen (Forderung)
	DGB:	30% nach 10 Jahren, danach 1,5% pro Jahr (Forderung)
Heute:	Gesetz:	1,0% der Bruttoeinkommen → 2060: 0,92%
	SPD:	1,0% der Bruttoeinkommen (dauerhaft)
	DGB:	1,05% der Bruttoeinkommen (Forderung)

Die Anwartschaftserhöhung von 1,0% auf 1,5% führt zu 50% höheren Renten, die neben der Lebensstandardsicherung zwei weitere Ziele erreicht:

- Es werden sehr viele Renten über die Armutgefährdungsschwelle gehoben.
- Es werden die Abstände zu den anderen Versorgungswerken (Beamte, Politiker, Selbständige) erheblich verringert und damit eine akzeptable materielle Basis für eine gemeinsame Versicherung, die Erwerbstätigenversicherung, geschaffen.

(*) Die 1,5% für die schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten gelten seit 2022. Bis zum Jahr 2007 waren es sagenhafte 3,675 %. Danach haben die Abgeordneten ihre Altersversorgung auf kapitalertragsabhängige Pensionskonten übertragen. Im Jahr 2018 mussten sie mit Erschrecken feststellen, dass ihnen mit der geänderten Pensionsordnung Hungerrenten drohten. Schnell wurde eine Kommission eingesetzt, die eine Rückkehr zu den garantierten Anwartschaften führte. Die 1,5% wirken bescheiden – führen aber zu annähernd auskömmlichen Renten. Ein Vorbild für alle Erwerbstätigen.